



STADT DER BETEILIGUNG

LEGISLATURRICHTLINIEN

2017–2020

SCHLUSSBERICHT



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
1 INDIVIDUUM/FAMILIE FÖRDERN	
Legislaturziel 1: Die Stadt Bern stärkt die Vielfalt der Bevölkerung in allen Lebensbereichen.	6
Legislaturziel 2: Die Stadt Bern sorgt für chancengerechten Zugang zu Bildung und Arbeit.	8
Legislaturziel 3: Die Stadt Bern geht vorbildlich mit den vorhandenen Ressourcen um.	10
2 NACHBARSCHAFT/QUARTIER STÄRKEN	
Legislaturziel 4: Die Stadt Bern ermöglicht vielfältiges Wohnen für alle.	12
Legislaturziel 5: Die Stadt Bern schafft zusätzlichen Raum für Begegnungen.	14
Legislaturziel 6: Die Stadt Bern sorgt für die Sicherheit der Bevölkerung.	16
3 STADT/REGION ENTWICKELN	
Legislaturziel 7: Mitbestimmung und Zusammenarbeit sind wichtige Pfeiler der Stadtberner Politik.	18
Legislaturziel 8: Die Stadt Bern ist mit der Wirtschaft, in der Region, im Kanton und schweizweit gut vernetzt.	20
Legislaturziel 9: Die Stadt Bern stellt ihrer Bevölkerung eine gut unterhaltene und bedürfnisgerechte Infrastruktur zur Verfügung.	22
Legislaturziel 10: Die Stadt Bern ermöglicht eine nachhaltige Mobilität für alle.	24

Vorwort

Vor drei Jahren hat der Gemeinderat seine Ziele für die laufende Legislatur unter dem Motto «Bern ist die Stadt der Beteiligung» formuliert. Wohl selten zuvor wurden Legislaturziele in der Folge so oft zitiert. Die «Stadt der Beteiligung» hat den Zeitgeist in Bern getroffen und konnte als Konzept auch umgesetzt werden, in der Stadtentwicklung, bei der Belebung und Gestaltung des öffentlichen Raums, bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, bei der Wohnbauoffensive oder in der Quartiermitwirkung. Und ja, es kam auch vor, dass der Gemeinderat von interessierten Kreisen bei realen (oder auch nur vermuteten) Defiziten bei der Mitwirkung ans Motto der Legislaturziele erinnert wurde, wie zum Beispiel bei der Entwicklung des Schulhauses Goumoëns. Die noch ausgedehntere Partizipation hat in der Stadt Bern zu einer breiten Abstützung der politischen Entscheidungen und damit zu einer weiteren Demokratisierung geführt. Es wurde aber auch deutlich, dass intensive Partizipation mit beträchtlichen Aufwänden verbunden ist, die gerade im Bereich der ehrenamtlichen Arbeit mitunter auch Herausforderungen darstellen können.

Der vorliegende Schlussbericht zieht Bilanz über die Ziele und Massnahmen der Legislaturrichtlinien 2017-2020. Massgeblich waren die Entwicklungen bis Ende März 2020. Neben den Legislaturzielen hat der Gemeinderat zahlreiche weitere Projekte und Vorhaben lanciert, bearbeitet oder realisiert, die in diesem Bericht nicht weiter Erwähnung finden können.

Übertroffen wurden die Zielsetzungen im Bereich der Gemeindezusammenarbeit. Was vor drei Jahren nicht realisierbar erschien, liegt heute als Entscheidungsgrundlage auf dem Tisch: Eine gemeinsame Studie zur Machbarkeit einer Fusion mit Ostermundigen und eventuell weiteren Nachbargemeinden, die aufzeigt, dass eine Fusion machbar und gestaltbar ist. Entscheide, ob das Fusionsprojekt weiterverfolgt wird, fallen bis Ende 2020.

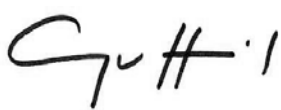
Nicht erreicht hat der Gemeinderat das Ziel, den Finanzhaushalt ausgeglichen zu gestalten, das Fundament für eine nachhaltige Finanzpolitik. Im Rechnungsjahr 2019 resultierte infolge geringerer Steuereinnahmen als budgetiert ein unvorhergesehenes Rechnungsdefizit von 17 Millionen Franken. Mit der Corona-Krise haben sich die finanziellen Aussichten für den Finanzhaushalt zusätzlich stark eingetrübt. Es werden in den nächsten Jahren daher grosse Anstrengungen erforderlich sein, um wieder zu ausgeglichenen Rechnungsergebnissen zurückzukehren. Mittelfristig ist dies für eine nachhaltige Finanz- und Stadtpolitik zwingend erforderlich.

Das prägendste Merkmal der ablaufenden Legislatur wird jedoch ohne Zweifel die Corona-Pandemie bleiben, die die Schweiz und auch die Stadt Bern völlig ausserhalb der Prognosen und Erwartungen ereilte. Das öffentliche Leben und die Wirtschaft wurden in einer Weise stillgelegt, wie dies seit dem Zweiten Weltkrieg nie mehr der Fall war. Die Bewohnerinnen und Bewohner Berns mussten – wie die Behörden auch – mit erheblichen Einschränkungen umgehen und sich vielerorts auf neue Anforderungen und Aufgaben (zum Beispiel Homeoffice oder Homeschooling) einstellen. Branchen wie das Gesundheitswesen oder der Lebensmittelverkauf waren mit erheblichen Beanspruchungen konfrontiert. Positiv kann vermerkt werden, dass Staat und Gesellschaft, gerade auch in der Stadt Bern, diese tiefe, mit viel Unsicherheit verbundene Zäsur mit bemerkenswertem Sinn für Verantwortung, Zusammenhalt und Solidarität durchschritten haben. Trotz vielfältiger Kritik kann festgehalten werden, dass die Schweiz und die Stadt Bern gut auf ein solches Ereignis vorbereitet waren. Auf lange Sicht belastend bleiben werden ohne Zweifel die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Es ist mit einem schweren wirtschaftlichen Rückschlag zu rechnen. Die Bewältigung dieser Auswirkungen wird uns in der Stadt Bern noch lange und intensiv fordern.

Es steht an, die wirtschaftlichen, sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und auch sportlichen Aktivitäten wieder anzukurbeln und unser urbanes Zusammenleben in Schwung zu bringen. Gerade für diesen Weg sind wir mit unserem partizipativen Rüstzeug, «Bern ist die Stadt der Beteiligung», ausgezeichnet vorbereitet.

Bern, im Juli 2020

Der Gemeinderat der Stadt Bern



Alec von Graffenried
Stadtpräsident



Reto Nause
Direktor für Sicherheit,
Umwelt und Energie



Franziska Teuscher
Direktorin für Bildung,
Soziales und Sport



Ursula Wyss
Direktorin für Tiefbau,
Verkehr und Stadtgrün



Michael Aebersold
Direktor für Finanzen,
Personal und Informatik

1 INDIVIDUUM/FAMILIE FÖRDERN

LEGISLATURZIEL 1

DIE STADT BERN STÄRKT DIE VIELFALT DER BEVÖLKERUNG IN ALLEN LEBENSBEREICHEN.

Die Stadt Bern ist das Zuhause von und für Menschen mit vielfältigen Lebensentwürfen. Der Gemeinderat erkennt in dieser Vielfalt eine Chance für eine breite Beteiligung und unterstützt deshalb die vielfältigen Lebensentwürfe der Bevölkerung mit Massnahmen in unterschiedlichen Lebensbereichen.

Zur Förderung der Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intersex- und Transmenschen trat die Stadt Bern in dieser Legislatur dem Netzwerk der Regenbogen Städte (Rainbow Cities Network) bei und schuf eine Projektstelle mit Schwerpunkt Gleichstellung von LGBTIQ-Menschen.

Mit Gebärdensprachvideos für gehörlose Menschen, mit Webseiten in Leichter Sprache oder mit barrierefreien PDF-Dokumenten konnte der niederschwellige, barrierefreie Zugang zu Informationen der Stadt Bern verbessert werden. Die Angebote und Dienstleistungen der Stadt Bern werden so einer breiteren Bevölkerung zugänglich gemacht.

Als Arbeitgeberin setzt die Stadt Bern selbst auf ein innovatives Diversity-Management. Eine vielfältige Bevölkerung erfordert auch vielfältigen Wohnraum und das Miteinander unterschiedlichster Menschen soll auch in den Quartieren möglich sein. Bei Planungs- und Bauvorhaben (etwa bei neuen Siedlungen) werden deshalb die Bedürfnisse der Bevölkerung über den Einbezug der Fachstelle Sozialplanung miteingebracht.

Zudem bietet die Stadt Bern seit dieser Legislatur als erste Schweizer Stadt den Angehörigen aller fünf Weltreligionen würdige Orte für Abdankungsfeiern, Erdbestattungen oder Urnenbeisetzungen und trägt damit zum Erhalt der religiösen Vielfalt bei.

Prioritäre Massnahmen
Legislaturziel 1

Stand
März 2020

Die Stadt Bern fördert die Vielfalt in der Verwaltung (Alter, Behinderung, ethnischer Hintergrund, Geschlecht und Geschlechtsidentität, sexuelle Orientierung, Religion) und nutzt so das vorhandene inländische Arbeitskräftepotenzial aus.



Bern fördert die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intersex- und Transmenschen und tritt dem Rainbow Cities Network bei.



Neue Siedlungen und Überbauungen konzipieren wir baulich und sozialplanerisch so, dass nachbarschaftliche Beziehungen sowie soziale und generationelle Durchmischung ermöglicht und gefördert werden.



Die Stadt Bern erstellt ein buddhistisches Grabfeld. Damit bieten wir für alle fünf Weltreligionen bedürfnisgerechte Bestattungsarten an.



Berns Einwohnerinnen und Einwohner erhalten einen barrierefreien, niederschweligen und vielfältigen Zugang zur Verwaltung. Deshalb kommunizieren wir u.a. in leichter oder einfacher Sprache, mittels Hör- und Videobotschaften und durch eine klare Themen- und Bilderwahl. Die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung werden unter Einbezug der Betroffenen dafür sensibilisiert und geschult.



LEGISLATURZIEL 2

DIE STADT BERN SORGT FÜR CHANCENGERECHTEN ZUGANG ZU BILDUNG UND ARBEIT.

Chancengerechtigkeit ist eine zentrale Voraussetzung gerechter Gesellschaften. Das Ziel des Gemeinderates ist es deshalb, die Bevölkerung der Stadt Bern mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen und in ihren unterschiedlichen Lebenslagen so zu unterstützen und zu stärken, dass sie ihre Potenziale nutzen und ihre Chancen wahrnehmen kann.

Im Bereich der Bildung hat der Gemeinderat in den vergangenen vier Jahren wichtige Schritte hin zu mehr Chancengerechtigkeit unternommen: Die Frühförderung wurde erfolgreich auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet. Seit Anfang 2020 werden die Sprachkenntnisse von Kindern im Vorschulalter erhoben. Eltern von Kindern mit unzureichenden Deutschkenntnissen wird empfohlen, ihr Kind für ein Förderangebot anzumelden (Kita, Spielgruppe). Die Ganztagesstrukturen werden schrittweise ausgebaut. Bis Ende 2020 werden an den Standorten Stöckacker, Wankdorf, Spitalacker und Bümpliz Ganztageseschulen in Betrieb sein. Die Bildungslandschaft Bern-West hat sich etabliert, die Arbeiten für die zweite Bildungslandschaft der Stadt Bern im Wankdorf/Breitfeld (Stadtteil V) sind weit fortgeschritten, aufgrund der finanziellen Situation kommt es jedoch zu Verzögerungen.

Durch die Reorganisation des Amtes für Erwachsenen- und Kinderschutz der Stadt Bern kann die fachliche Unterstützung für ratsuchende und unterstützungsbedürftige Einwohnerinnen und Einwohner noch gezielter, bedürfnisgerechter und vertiefter umgesetzt werden. Lücken bei Beratungs- und Unterstützungsleistungen, die von der Stadtverwaltung oder von sozialen Institutionen erbracht werden, wurden in der Berichtsperiode eruiert (Bericht Kinder- und Familienarmut; Bericht Wohnraum für Armutsbetroffene) und geschlossen. Die Förderung von Grund- und Alltagskompetenzen für Jugendliche und Erwachsene mit speziellem Unterstützungsbedarf wurde durch ein erweitertes Angebot gestärkt. Seit 2019 werden im Rahmen eines Pilotprojekts arbeitsmarktnahe Qualifizierungslehrgänge mit Abschluss in den Bereichen Reinigung, Restaurant und Küche angeboten und erfolgreich umgesetzt, so beispielsweise in der neuen Zieglerküche, welche Mahlzeiten für Einrichtungen der Kinderbetreuung zubereitet.

In den Bestrebungen, die Stadtverwaltung als Arbeitgeberin mittels einer Realloohnerhöhung auf dem Arbeitsmarkt attraktiv zu halten, ist der Gemeinderat nur vorübergehend einen Schritt weitergekommen. Zwar verfügen die stätischen Mitarbeitenden seit 1. Januar 2020 über drei zusätzliche Ferientage, was einer von den Sozialpartnerinnen und -partnern akzeptierten Realloohnerhöhung von 1,25 Prozent entspricht. Aufgrund der verschlechterten Finanzperspektiven musste die Massnahme jedoch für die Jahre 2021 bis 2023 sistiert werden.

Prioritäre Massnahmen
Legislaturziel 2

Stand
März 2020

Kinder, Jugendliche, Eltern sowie Erwachsene und deren Bezugspersonen erhalten bedürfnisgerechte professionelle Information, Beratung, Unterstützung und Hilfe bei persönlichen Problemen. Bezugspersonen unterstützen ihre Klientinnen und Klienten in ihrer persönlichen Entwicklung und ermöglichen ihnen so die gesellschaftliche Teilhabe.



Die Stadt Bern realisiert die flächendeckende Einführung der Frühförderung. Fremdsprachige Kinder erwerben schon im Vorschulalter Deutschkenntnisse, beispielsweise durch den Besuch einer Spielgruppe. Ein entsprechendes Projekt wird umgesetzt.



Wir stärken die Schulen als gesundheitsfördernde Lern- und Lebensorte. Wir bauen Ganztagesstrukturen und das Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung aus. Diese Angebote werden für die Familien dank zusätzlicher städtischer Mittel günstiger.



Die bestehende Bildungslandschaft Bern-West (Vernetzung von Personen und Institutionen, die ein Kind erziehen, betreuen oder unterrichten) etabliert sich. In einem weiteren Stadtteil initiieren wir eine zweite Bildungslandschaft.



Wir fördern Jugendliche mit entsprechendem Bedarf bei ihrer Berufswahl durch eine Kooperation mit dem Lehrstellennetz Köniz (Verein zur Unterstützung des Berufswahlprozesses). Für Jugendliche ab 16 Jahren und Erwachsene mit speziellem Unterstützungsbedarf bauen wir Angebote zur Förderung von Grund- und Alltagskompetenzen sowie arbeitsmarktnahe Qualifizierungsangebote für den 1. Arbeitsmarkt auf und entwickeln sie weiter.



Die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung erhalten eine Realloohnerhöhung. So realisieren wir eine Annäherung an die Gehaltsniveaus von Kanton und Bund.



Legende: «auf Zielkurs/erreicht» «teilweise auf Zielkurs» «nicht auf Zielkurs»

LEGISLATURZIEL 3

DIE STADT BERN GEHT VORBILDICH MIT DEN VORHANDENEN RESSOURCEN UM.

Die Stadt Bern engagierte sich auch in dieser Legislatur stark für ein nachhaltiges und ressourcenschonendes Verhalten der Bevölkerung. Mit der Förderung von Projekten im Bereich der Sharing-Economy unterstützt die Stadt Bern die Senkung des individuellen Verbrauchs von Ressourcen. Es wurden diverse konkrete Projekte lanciert, welche sich mit Sharing-Economy befassen wie beispielsweise «carvelo2go», «Mir sattlä um!», «pumpi pumpe», Tauschbörsen (Umwelttag) oder das städtische Veloverleihsystem «Velo Bern» (PubliBike), das von der Stadtbevölkerung rege genutzt wird. Die Bestrebungen, einen als Sozialprojekt ausgestalteten Velolieferdienst zu betreiben, mussten jedoch eingestellt werden, da keine entsprechende Organisation für den Betrieb gefunden werden konnte.

Für die Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadt Bern werden die Mahlzeiten nach den städtischen Qualitäts- und Ernährungsrichtlinien hergestellt: In Kitas, Tagis, Tagesschulen und auf den Ferieninseln werden den Kindern gesunde Mahlzeiten aus vorwiegend regionalen, saisonalen und fair produzierten Produkten serviert. Zudem wird in den Betrieben darauf geachtet, Foodwaste zu vermeiden. Mit der Kulinata und dem Netzwerk nachhaltige Ernährung setzt sich die Stadt zusammen mit vielen Organisationen ebenfalls für die Vermeidung von Foodwaste sowie für eine regionale, saisonale, gesunde und emissionsarme Ernährung ein. Seit Ende 2019 sind sämtliche Betriebe in der familienergänzenden Kinderbetreuung mit dem Label Fourchette Verte zertifiziert. Auch die Umstellung auf Mehrweggeschirr innerhalb der Stadtverwaltung ist mehrheitlich erfolgt. Damit befinden sich auch die verwaltungsinternen Massnahmen auf Zielkurs.

Ein schonender Umgang mit vorhandenen Ressourcen bedeutet auch einen bewussten Umgang mit Abfällen und die Wiederverwertung von Wertstoffen. Die Stadt Bern führte deshalb in dieser Legislatur sowohl in Haushalten wie auch im öffentlichen Raum Pilotversuche zur Optimierung des Abfall- und Wertstoffsammlungssystems erfolgreich durch. Die Einführung der Wertstoffsammlung nach dem Farbsack-Trennsystem wird nun geprüft und wäre frühestens ab 2022 möglich. Das flächendeckende Abfalltrennsystem für die Aussenräume der städtischen Schul- und Sportanlagen wird spätestens im Herbst 2020 eingeführt sein. Die für

diese Legislatur vorgesehene Etablierung einer verursachergerechten Gebühr für die Entsorgung von Siedlungsabfällen aus dem öffentlichen Raum (Sauberkeitsrappen) wurde zu Gunsten des Projekts Sauberkeits-Charta sistiert. Sollte sich die Lösung mit der Charta nicht bewähren, wird die Stadt auf das Modell des Sauberkeitsrappens zurückgreifen und dessen Einführung wieder vorantreiben

Die Umsetzung der Energie- und Klimastrategie und des Richtplans zeigt Wirkung. In den letzten 10 Jahren konnten in der Stadt Bern die territorialen CO₂-Emissionen um rund 15 Prozent reduziert werden, und dies trotz mehr Arbeitsplätzen und einer grösseren Bevölkerung. 2019 wurde die Stadt Bern wieder mit dem Label Energiestadt Gold ausgezeichnet. Sie hat die höchste je in der Schweiz vergebene Punktzahl erreicht und wurde demzufolge Energiestadt-Schweizermeisterin. Nach Ablehnung des kantonalen Energiegesetzes im Februar 2019 hat der Gemeinderat 22 zusätzlichen Massnahmen zugunsten der Energie- und Klimastrategie beschlossen.

Prioritäre Massnahmen Legislaturziel 3

**Stand
März 2020**

Wir bekennen uns zur Sharing-Economy. In den Bereichen Energie, Mobilität, Recycling, Wohnen, Freizeit und Sport vernetzen wir die Aktivitäten miteinander, um Ressourcen zu schonen und die soziale Durchmischung zu stärken.



Ein als Sozialprojekt ausgestalteter Velohauslieferdienst und ein grossflächiges Veloverleihsystem nehmen ihren Betrieb auf und etablieren sich.



Wir führen den Sauberkeitsrappen (verursachergerechte Gebühr für die Entsorgung von Siedlungsabfällen aus dem öffentlichen Raum) ein.



Alle Institutionen, für welche die Stadt verantwortlich ist, kochen soweit möglich mit nachhaltig produzierten Lebensmitteln, setzen die städtischen Qualitäts- und Ernährungsrichtlinien (inkl. Vermeidung von Food-waste) um und nutzen Mehrweggeschirr im Alltag und an Veranstaltungen. Wir streben an, pro Jahr zwei Institutionen mit dem Label Fourchette Verte zertifizieren zu lassen.



Wir überarbeiten das Abfall- und Wertstoffsammelsystem der Stadt Bern. Für die Haushalte (Container-Lösung mit farbigen Säcken zur Wertstofftrennung) und für die Abfalltrennung im öffentlichen Raum führen wir Pilotversuche durch. Im Aussenraum der städtischen Schul- und Sportanlagen besteht flächendeckend ein Abfalltrennsystem.



Wir fördern den Ersatz von fossilen durch erneuerbare Energien und streben mit der konsequenten Umsetzung des Energierichtplans eine markante Senkung des CO₂-Ausstosses an.



Legende: «auf Zielkurs/erreicht» «teilweise auf Zielkurs» «nicht auf Zielkurs»

2 NACHBARSCHAFT/QUARTIER STÄRKEN

LEGISLATURZIEL 4

DIE STADT BERN ERMÖGLICHT VIELFÄLTIGES WOHNEN FÜR ALLE.

Mit der Verabschiedung der Wohnstrategie «Wohnstadt der Vielfalt» hat der Gemeinderat in der Legislatur 2017–2020 die Leitplanken für eine kohärente Wohnpolitik gelegt, die vielfältiges Wohnen mit hoher Wohnqualität für alle gewährleisten soll. Zentrale Aspekte der Strategie sind die vielfältige Nutzbarkeit des Wohnraums und der Aussenwohnräume sowie die Erhöhung der Anzahl hindernisfreier und grosser (Familien-)Wohnungen.

Auch älteren Menschen mit bescheidenen finanziellen Mitteln sollen verschiedene mögliche Wohnformen offenstehen. Im Rahmen des Projekts «Betreuungsgutsprachen» sollen durch die Mitfinanzierung von verschiedenen Unterstützungsangeboten das selbstbestimmte Wohnen und die Lebensqualität gefördert werden. Um genügend Wohnraum für unterschiedliche Bedürfnisse schaffen zu können, hat der Gemeinderat in der Legislatur 2017–2020 zudem die Rahmenbedingungen für eine aktive Boden- und Wohnbaupolitik verbessert, beispielsweise indem er die für den Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik zulässige Schuldenobergrenze flexibilisiert hat.

Auch in den städtebaulichen Projekten Viererfeld/Mittelfeld, Gaswerkareal, Weyermannshaus West und Ausserholligen VI konnten in dieser Legislatur Fortschritte verzeichnet werden. Dennoch finden sich die Projekte nur teilweise auf Kurs. So verzögert sich beispielsweise die Inkraftsetzung des Masterplans Viererfeld/Mittelfeld aufgrund der enormen Komplexität sowie der sehr breit abgestützten stadtinternen und externen Mitwirkung. Auch das Ziel, per Ende 2020 500 gemeinnützige Wohnungen in der Bauphase zu wissen, wird nicht vollständig erreicht. Dennoch befinden sich an der Mutachstrasse und teilweise bereits auf dem Areal Warmbächli/Holliger gemeinnützige Wohnungen im Bau. In der laufenden Legislatur wurden zudem bisher rund 150 gemeinnützige Wohnungen von verschiedenen gemeinnützigen Bauträgerschaften realisiert (u. a. WBG Via Felsenau, Fambau Genossenschaft, Biwo AG). Damit wird erneut deutlich, dass die Planung und Umsetzung von vielfältigem Wohnraum ein langfristiges Ziel ist, welches die Stadt Bern auch in den kommenden Legislaturen weiterverfolgen wird.

Prioritäre Massnahmen
Legislaturziel 4

Stand
März 2020

Wir erarbeiten eine Wohn- und Arealstrategie für die ganze Stadt und setzen erste Massnahmen um.



Wir führen den städtebaulichen Wettbewerb auf dem Viererfeld/Mittelfeld durch und setzen den Masterplan in Kraft, so dass zeitnah mit einem genossenschaftlichen Bauprojekt begonnen werden kann.



Die Volksabstimmung zur Planungsvorlage Gaswerkareal hat stattgefunden. Die Planungsvorlagen Weyermannshaus West und Ausserholligen VI (ewb Areal) liegen dem Stadtrat beschlussreif vor.



500 gemeinnützige Wohnungen befinden sich im Bau.



Wir stellen fest, wie hoch der Bedarf an Wohnformen für ältere Menschen ist und schliessen Lücken. Insbesondere sollen auch Menschen, die Ergänzungsleistungen beziehen, verschiedene Wohnformen offenstehen.



Die Stadt baut vermehrt selber und verbessert die Rahmenbedingungen für eine aktive Boden- und Wohnbaupolitik weiter (Flexibilisierung der Schuldengrenze des Fonds, Rahmenkredit für Immobilienkäufe, Darlehen an Gemeinnützige und Überarbeitung der Fonds-Strategie).



Wir überprüfen und optimieren die Planungs- und Bewilligungsprozesse, damit für private wie öffentliche Bauträger ein wesentlicher Zeitgewinn resultiert.



LEGISLATURZIEL 5

DIE STADT BERN SCHAFFT ZUSÄTZLICHEN RAUM FÜR BEGEGNUNGEN.

Mit der zunehmenden Innenverdichtung steigen die Anforderungen an den öffentlichen Raum. Der Gemeinderat hat deshalb die Förderung von Zwischennutzungen zur Schaffung von zusätzlichem Raum für Begegnungen als prioritäre Massnahme formuliert. So wurde zum Beispiel die Vorlage zur Änderung der Bauordnung, mit der die Zwischennutzung soweit möglich erleichtert werden soll, ausgearbeitet. Durch die Raumbörse der Koordinationsstelle Zwischennutzung ist der Zugang zu vielfältigen und niederschweligen Zwischennutzungen auch für die wenig organisierte Bevölkerung möglich. Die Stadt Bern unterstützte in dieser Legislatur rund 30 unterschiedliche Zwischennutzungen.

Die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt und in den Quartieren wurde durch die Umgestaltung von Plätzen und die Umsetzung von grossflächigen Begegnungszonen in den Quartieren gesteigert. Die Massnahmen finden sich weitgehend auf Zielkurs, einzelne Projekte (z.B. Umgestaltung Breitenrainplatz) verzögern sich aufgrund von Einsprachen. Der Bestand öffentlicher Sitzgelegenheiten wurde in den letzten vier Jahren ebenfalls deutlich erhöht. Zudem konnte eine altersgerecht und barrierefrei gestaltete Bank – die «Neue Berner Bank» entwickelt und eingesetzt werden. Die von Bund und Stadt gemachten Normvorgaben für das hindernisfreie Bauen sind zudem heute bei Projekten im öffentlichen Raum Standard.

Damit sich die Bevölkerung in ihrem Wohnumfeld am öffentlichen Raum beteiligt und sich mit der Nachbarschaft austauscht, wurden Quartierplätze aufgewertet, Spielplätze saniert und Urban Gardening-Projekte initiiert. Zudem entstanden mit der Umsetzung des Velofreizeitanlagenkonzepts neue Bewegungsangebote, zum Beispiel Pumptracks. Die Stadt stellt auch Freiräume zum Experimentieren zur Verfügung. Bei der Gestaltung des öffentlichen Raums wirkt das neu eingerichtete «Kompetenzzentrum öffentlicher Raum (KORA)» mit, welches Bedürfnisse nach Sitzgelegenheiten, Begegnungs- und Spielmöglichkeiten schnell und unkompliziert aufnimmt.

Das aus dem Projekt «Socius» entstandene Angebot «Nachbarschaft Bern» wird seit Anfang 2020 durch die Vereinigung Berner Gemeinwesen (vbg) angeboten. Da in der Corona-Krise die Nachfrage nach organisierter Nachbarschaftshilfe rasch anstieg, konnte das Projekt kurzfristig und deutlich früher als geplant auf das ganze Stadtgebiet ausgeweitet werden. Auch der Tag der Nachbarschaft hat sich als fester Bestandteil der Berner Agenda etabliert. Mit der erfolgreichen Umsetzung dieser Massnahmen fördert der Gemeinderat die sozialen Kontakte in den Quartieren und stärkt die nachbarschaftliche Unterstützung.

Prioritäre Massnahmen

Legislaturziel 5

Stand März 2020

Wir fördern den niederschweligen und vielfältigen Zugang zu Zwischennutzungen von Gebäuden und Brachen (Überprüfung Bauordnung, Förderung Bekanntheitsgrad der Koordinationsstelle Zwischennutzung) – auch für die wenig organisierte Bevölkerung. In den Quartieren setzen wir Projekte zur Mehrfachnutzung bestehender Infrastrukturen um.



Wir positionieren die Stadt Bern als Hauptstadt der Märkte und unterstützen entsprechende Projekte in der Innenstadt und in den Quartieren.



Das Verweilen in der Innenstadt und in den Quartieren soll attraktiver werden. Deshalb gestalten wir Plätze wie die Schützenmatte, den Bären-/Waisenhausplatz sowie den Breitenrainplatz um. Zudem erhöhen wir die Zahl an fixen und mobilen öffentlichen Sitzgelegenheiten und fördern grossflächige Begegnungszonen in den Quartieren.



Ein Stadtfest ist institutionalisiert.



Die Normen für das hindernisfreie Bauen werden in allen städtischen Bauprojekten umgesetzt.



Projekte wie Spielplätze, Urban Gardening, Flächen für Trendsportarten, die Umgestaltung kleiner Quartierplätze und ein Parkierungskonzept erhöhen die Attraktivität aller Stadtteile und ermöglichen Begegnungen in der Nachbarschaft sowie die Aneignung des öffentlichen Raums durch die Bevölkerung.



«Socius», das Projekt zur Stärkung der nachbarschaftlichen Unterstützung und der Quartierverbundenheit weiten wir auf die ganze Stadt aus. Der Tag der Nachbarschaft wird zum fixen Anlass im Eventkalender.



LEGISLATURZIEL 6

DIE STADT BERN SORGT FÜR DIE SICHERHEIT DER BEVÖLKERUNG.

Bern ist grundsätzlich eine sichere Stadt. Wie andernorts bestehen jedoch auch in Bern objektive und subjektive Gefährdungen der Sicherheit – sei es zu Hause oder in der Öffentlichkeit –, welchen der Gemeinderat in dieser Legislatur mit unterschiedlichen Massnahmen mehrheitlich erfolgreich begegnet ist.

So verfügt die Fachstelle Radikalisierung und Extremismus seit 2018 über ein neues Präventionskonzept und ist dank der Beteiligung am nationalen Aktionsplan gegen Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus auch über die Stadtgrenze hinaus gut vernetzt. Die Fachstelle Stalking-Beratung der Stadt Bern hat in dieser Legislatur das Beratungsangebot im Cyberstalking weiter ausgebaut und zusätzliche Angebote entwickelt, damit Betroffene sich jederzeit erste Informationen holen können.

Der Gemeinderat setzte sich in dieser Legislatur zudem aktiv für die Bekämpfung des Menschenhandels und der Arbeitsausbeutung ein. Dabei wurde ein Schwerpunkt auf die Information der Bevölkerung und Sensibilisierung von Schlüsselpersonen gelegt. Die im Jahr 2020 geplanten öffentlichen Sensibilisierungsmassnahmen können aufgrund der Sparmassnahmen nicht durchgeführt werden. Auch die Täterarbeit im Thema Stalking konnte bisher aufgrund fehlender Ressourcen nicht aufgebaut werden, die Täterarbeit im Bereich häusliche Gewalt ist durch den Kanton Bern bereits gut abgedeckt.

Auch im öffentlichen Raum soll sich die Stadtberner Bevölkerung sicher fühlen und bewegen können. Zur Erhöhung des subjektiven Sicherheitsempfindens und der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum wurde deshalb in dieser Legislatur an einem interdisziplinären Beleuchtungskonzept gearbeitet. So konnte der Gemeinderat per 1. Januar 2020 basierend auf den verabschiedeten Beleuchtungsgrundsätzen zu den Themen Sicherheit, Umwelt, Wirtschaftlichkeit etc. die neue Richtlinie zur öffentlichen Beleuchtung von Aussenräumen in Kraft setzen. Mit neuen Massnahmen in den Bereichen Fluchtwege, Evakuierung und Crowd-Spotting, internen Aus- und Weiterbildungen sowie einer überarbeiteten Arbeitshilfe, wurde im Laufe dieser Legislatur ein sehr hohes Niveau im Bereich integrale Sicherheit rund um Veranstaltungen im öffentlichen Raum erreicht.

Die Stadt Bern setzte sich zudem auch in dieser Legislatur dafür ein, dass die Kommunikation und die Kooperation zwischen Behörden/Polizei und Reithalle funktionieren. Der strukturierte Austausch zwischen Stadtbehörden, Regierungstatthalteramt und Reitschule über die ordentlichen Gespräche gemäss Leistungsvertrag läuft zufriedenstellend, die Bestrebung zur Ermöglichung eines strukturierten direkten Austausches zwischen Reitschule und Kantonspolizei laufen weiter.

Der Gemeinderat ist bestrebt, die Verkehrssicherheit in der Stadt Bern durch neue Tempo-30-Strassenabschnitte auf dem Basisnetz und durch flächendeckende Tempo 30-Zonen und Begegnungszonen (BGZ) auf dem Quartiernetz zu erhöhen. Während auf 16 neuen Abschnitten Tempo 30 eingeführt und 34 Tempo-20-Begegnungszonen realisiert werden konnten, verzögert sich die Umsetzung von rund 15 Tempo 30- und BGZ-Projekten aufgrund von Beschwerdeverfahren.

Prioritäre Massnahmen
Legislaturziel 6

Stand
März 2020

Die Stadt Bern verfügt über ein Präventionskonzept mit Massnahmen und Zuständigkeiten zum Thema Gewalt, Radikalismus und Extremismus.



Die Stadt Bern verfügt über ein enges Netz zur Unterstützung von Opfern von häuslicher Gewalt und Stalking und engagiert sich in der Täterberatung.



Wir bekämpfen Menschenhandel und Arbeitsausbeutung, indem wir die Kontrollen intensivieren und die Bevölkerung sowie die Arbeitgebenden regelmässig sensibilisieren.



Wir professionalisieren die integrale Sicherheit rund um Veranstaltungen im öffentlichen Raum. Pflichtenhefte halten die Verantwortlichkeiten fest. Ausserdem entwickeln wir flankierende Kommunikationskonzepte, technische Hilfsmittel und Infrastrukturen.



Mit der Umsetzung eines wirksamen Beleuchtungskonzepts für den öffentlichen Raum erhöhen wir das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Die Aussenbeleuchtung wird dabei hohen ökologischen Anforderungen gerecht.



Die Stadt Bern setzt sich dafür ein, dass die Kommunikation und die Kooperation zwischen Behörden/Polizei und Reithalle funktionieren.



Rauchwarnsysteme in den Gebäuden der Altstadt erhöhen den Brandschutz und erleichtern die sofortige Brandbekämpfung.



Im Quartiernetz gilt grundsätzlich Tempo 20/30, auf dem Basisnetz werden vermehrt Abschnitte mit Tempo 30 eingeführt.



Legende: «auf Zielkurs/erreicht» «teilweise auf Zielkurs» «nicht auf Zielkurs»

3 STADT/REGION ENTWICKELN

LEGISLATURZIEL 7

MITBESTIMMUNG UND ZUSAMMENARBEIT SIND WICHTIGE PFEILER DER STADTBERNER POLITIK.

Der Gemeinderat hat seine Legislaturziele 2017-2020 unter das Motto «Stadt der Beteiligung» gestellt und sich zum Ziel gesetzt, geeignete Gefässe und Plattformen für Menschen anzubieten, die sich politisch, beruflich oder gesellschaftlich engagieren wollen. Die Schaffung einer digitalen Plattform für den Austausch und die Zusammenarbeit von Bevölkerung, Quartieren und Verwaltung konnte in dieser Legislatur noch nicht umgesetzt werden. Im Rahmen von Smart City Bern wurde jedoch das Pilotprojekt «BärnBoost» vorangetrieben und es konnten gemeinsam mit den Quartieren erste Ergebnisse in Form eines Konzepts und einer Beta-Version der geplanten Ideen- und Beteiligungsplattform erarbeitet werden. Auch verwaltungsintern sollten in dieser Legislatur die Zusammenarbeit und die Beteiligung über Abteilungen hinweg gestärkt werden, so etwa mit der neuen Informations- und Zusammenarbeitsplattform, die voraussichtlich im Herbst 2020 in Betrieb genommen werden kann. 2017 und 2019 fanden die beiden ersten gesamtstädtischen Personalveranstaltungen statt.

Die Mitbestimmung der Migrationsbevölkerung konnte in dieser Legislatur durch die Umsetzung verschiedener Massnahmen gezielt gestärkt werden. Insgesamt wurden in dieser Legislatur 600 Personen, welche die Einbürgerungskriterien erfüllen, angeschrieben und über den Einbürgerungsprozess informiert. In Bern West ist die erste Partizipationsplattform für Migrantinnen und Migranten (Miau-Q) entstanden. Zudem wurden 2019 die beiden ersten Partizipationsmotionen eingereicht und vom Gemeinderat behandelt.

Auch betreffend die Stärkung der Stadtteile und Quartiere ist die Stadt Bern einen wesentlichen Schritt weitergekommen: Im Rahmen des Fusionsabklärungsprojekts «Koooperation Bern» wurden in einer Machbarkeitsstudie Entwicklungsoptionen für die künftige Mitwirkung der Bevölkerung und der Stadtteile an den politischen Entscheidungsprozessen aufgezeigt und mögliche Partizipationsmodelle ausgearbeitet. Auf dieser Grundlage wird nach den Grundsatzentscheiden in den Gemeinden eine vertiefte Prüfung und Analyse der Mitwirkungsmodelle inklusive Form und Zusammensetzung der künftigen Stadtteilpartizipation erfolgen.

Prioritäre Massnahmen
Legislaturziel 7

Stand
März 2020

Wir setzen auf innovative Partizipationsprozesse wie den Einsatz von zeitgemässen Informations- und Kommunikationstechnologien und die Veröffentlichung von stadtbezogenen Daten.



Wir stärken die Mitbestimmung der Migrationsbevölkerung. Beispielsweise indem wir Einbürgerungen fördern und das Partizipationsreglement umsetzen.



Der Gemeinderat organisiert regelmässig eine Versammlung oder ein Fest für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



Wir bauen das Intranet als interne Informations- und Zusammenarbeitsplattform aus und stärken so das vernetzte Arbeiten über die Abteilungen hinweg und mit externen Anspruchsgruppen.



Wir prüfen Möglichkeiten zur Stärkung der Stadtteile und Quartiere.



LEGISLATURZIEL 8

DIE STADT BERN IST MIT DER WIRTSCHAFT, IN DER REGION, IM KANTON UND SCHWEIZWEIT GUT VERNETZT.

Mit dem Polit-Forum Bern verfügt die Stadt Bern seit dieser Legislatur über ein Kompetenzzentrum für Demokratie und Politik, welches sich schwergewichtig für die politische Bildung junger Menschen einsetzt. Damit stärkt die Stadt ihre Rolle als Hauptstadt und Politzentrum der Schweiz und übernimmt Verantwortung für die Demokratie der Zukunft.

Die Stadt Bern ist aktive Partnerin in verschiedenen Organisationen und Netzwerken, welche sich generell für urbane Anliegen und im Speziellen für den Grossraum Bern einsetzen, und pflegt zudem wie bis anhin engen themenbezogenen Kontakt mit den umliegenden Gemeinden. Die gute Zusammenarbeit ist in der Legislatur 2017–2020 besonders geprägt durch das Fusionsabklärungsprojekt «Kooperation Bern». Gemeinsam mit den Gemeinden Bolligen, Bremgarten bei Bern, Frauenkappelen, Kehrsatz und Ostermundigen prüft die Stadt Bern die Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit sowie die Chancen und Risiken einer Fusion. Die Grundsatzentscheide über den Start eines konkreten Fusionsprojekts sollen noch vor Ende der Legislatur getroffen werden.

Mit einem «Masterplan» werden die Arbeitsintegrationsbemühungen verstärkt, etwa über die «Charta Arbeitsintegration Bern», mit der sich die unterzeichnenden Organisationen der Arbeitswelt und die Betriebe verpflichten, sich für die Arbeitsintegration zu engagieren und verbindliche Massnahmen und messbare Ziele definieren. Die Stadt Bern als Arbeitgeberin geht auch in Zukunft mit gutem Beispiel voran und verstärkt ihr bisheriges Engagement (Teillohnprojekt Jobtimal, befristete Anstellungen mit Einarbeitungszuschuss, Bernnetz, Sozialstellenpool, Vorlehre Integration, interne Arbeitsversuche, etc.).

Auch die Wirtschaft ist eine wichtige Diskussionspartnerin der Stadt Bern. Mit dem Verkehrskonzept «Wirtschaftsstandort Innenstadt» liegt ein Dokument zur Stärkung der Innenstadt als Wirtschafts-, Wohn- und Aufenthaltsort vor, welches gemeinsam mit Wirtschaftsorganisationen, den Gewerkschaften und weiteren Betroffenen erarbeitet wurde. Die entsprechenden Umsetzungsarbeiten benötigen viel Zeit und sind derzeit im Gange. Zudem wurde in dieser Legislatur in der Organisation «Klimaplattförm der Wirtschaft» die langjährige Zusam-

menarbeit für den Klimaschutz zwischen der Stadt und den Berner Unternehmen weiterhin erfolgreich gepflegt. Rund 70 Unternehmen haben in den letzten Jahren über 130 000 Tonnen CO₂ eingespart.

Vernetzung und Zusammenarbeit sind denn auch unumgänglich, wenn es darum geht, die Stadt Bern zur Smart City zu machen. Mit der vom Gemeinderat im 2018 verabschiedeten Digitalstrategie wurden die organisatorischen Voraussetzungen für koordinierte Aktivitäten zu Smart City geschaffen. Gemeinsam mit ewb und BERNMOBIL hat die Stadt Bern in dieser Legislatur die erste «Ideation Journey Smart City Bern» durchgeführt, erste Projektideen werden mit den externen Partnerbetrieben schrittweise konkretisiert und umgesetzt (z.B. «BärnBoost»).

Prioritäre Massnahmen Legislaturziel 8	Stand März 2020
Als Hauptstadt und Politzentrum der Schweiz engagiert sich die Stadt Bern verstärkt für die politische Bildung junger Menschen.	↑
Wir sichern die Existenz des Polit-Forums Bern. Es wird dank optimaler Vernetzung zum Kompetenzzentrum für Demokratie und Politik.	↑
Die Stadt Bern nutzt die bestehenden Netzwerke und Gefässe aktiv für die Stärkung von Städten und Agglomerationen.	↑
Die Stadt arbeitet verstärkt mit den umliegenden Gemeinden zusammen und tauscht sich regelmässig mit diesen aus.	↑
Die Standortpromotion wird verbessert und Bern positioniert sich als hochwertige und nachhaltige Tourismusdestination sowie als innovative Kultur- und Sportstadt.	↑
Gemeinsam mit Partnern wie ewb und BERNMOBIL wird die Stadt Bern zur Smart City.	↑
Wir stimmen das Konzept Wirtschaftsverkehr Innenstadt mit den Betroffenen ab und setzen es um.	↑
Die Stadt initiiert in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und der Wirtschaft einen Masterplan Arbeitsintegration. Wir schaffen Stellen für Personen aus der Sozialhilfe und dem Asylbereich und setzen uns dafür verbindliche Ziele.	↑

Legende: ↑ «auf Zielkurs/erreicht» → «teilweise auf Zielkurs» ↓ «nicht auf Zielkurs»

LEGISLATURZIEL 9

DIE STADT BERN STELLT IHRER BEVÖLKERUNG EINE GUT UNTERHALTENE UND BEDÜRFNISGERECHTE INFRASTRUKTUR ZUR VERFÜGUNG.

Mit der wachsenden Bevölkerung soll auch das Infrastrukturangebot wachsen und optimiert werden. Zum Beispiel mit dem Neubau der 50-Meter-Schwimmhalle, deren Baukredit von der Berner Stimmbevölkerung in dieser Legislatur angenommen worden ist. Der Spatenstich ist für Sommer 2020 vorgesehen. Nicht nur bei der Errichtung neuer Infrastruktur, sondern auch beim Unterhalt bestehender Infrastrukturen befindet sich der Gemeinderat bei Schulen sowie den Eis- und Wasseranlagen auf Zielkurs: So wurden für diese Bereiche klare Fahrpläne ausgearbeitet. Während der Legislaturperiode wurden mehrere Projektierungs- und Baukredite genehmigt, etwa für das Freibad Lorraine oder die Sport- und Freizeitanlage Ka-We-De. Der durchschnittliche Zustandswert der Gebäude im Verwaltungsvermögen erhöhte sich per Ende 2019 zwar auf 79 Prozent, im Vergleich zu den Neuinvestitionen sind die werterhaltenden Investitionen in bestehende Gebäude aber nach wie vor zu tief.

Auch das lokale Gewerbe soll in der zunehmend verdichteten Stadt ein angemessenes Infrastrukturangebot vorfinden. In dieser Legislatur wurde dazu das Projekt «Zukunft Werkplatz Bern» lanciert. Ziel des Projekts ist eine gesamtstädtische Strategie zur Sicherung attraktiver Gewerbe- und Industriestandorte und zur Differenzierung der Zonen für Arbeitsnutzungen. Damit schafft die Stadt Bern Voraussetzungen, um das lokale Gewerbe in den Quartieren zu stärken.

Mit der Planung Stadtraum Bahnhof legt die Stadt Bern die Neuorganisation und zukünftige Gestaltung des Bahnhofumfeldes fest. Erste Zielbilder für die langfristige Entwicklung liegen vor, ebenso der Nachweis, dass die geplanten Verkehrsmassnahmen im Zusammenhang mit dem Grossprojekt «Zukunft Bahnhof Bern» (ZBB) mit diesen Zielbildern kompatibel sind. Die Planung Stadtraum Bahnhof ist in ihrer Grösse und Bedeutung nicht zu unterschätzen, die Abstimmung und Koordination der Anforderungen an den Raum brauchen Zeit. Die Stadt Bern wird sich entsprechend auch in der nächsten Legislatur mit der Planung Stadtraum Bahnhof auseinandersetzen.

Die Umgestaltung der Achse Thunplatz–Ostring befindet sich ebenfalls nur teilweise auf Zielkurs. Zwar konnte mit dem Abschluss des Teilprojekts Sanierung Ostring (Burgernziel-Freudenbergplatz) ein Meilenstein im Projekt Gesamtsanierung erzielt werden, die Teilprojekte Thunstrasse West und Thunplatz/Thunstrasse sind jedoch aufgrund von Einsprachen betreffend die Verkehrsführung aktuell sistiert, die Volksabstimmung wird entsprechend in die nächste Legislatur fallen.

Prioritäre Massnahmen Legislaturziel 9	Stand März 2020
Der Spatenstich für die 50-Meter-Schwimmbad ist erfolgt.	↑
Wir arbeiten eine detaillierte Bau- und Sanierungsplanung für die Schulen sowie die Eis- und Wasseranlagen aus.	↑
Wir verbessern den durchschnittlichen Zustandswert der Gebäude im Verwaltungsvermögen der Stadt Bern auf 77,5 Prozent.	→
Mit der Planung Stadtraum Bahnhof legen wir die Neuorganisation und zukünftige Gestaltung des Bahnhofumfeldes fest. Der motorisierte Individualverkehr über den Bahnhofplatz wird maximal reduziert.	→
Die Stimmberechtigten stimmen über die Umgestaltung der Achse Thunplatz-Ostring ab.	→
Die Stadt schafft die Voraussetzungen, um das lokale Gewerbe in den Quartieren zu stärken.	↑

Legende: ↑ «auf Zielkurs/erreicht» → «teilweise auf Zielkurs» ↓ «nicht auf Zielkurs»

DIE STADT BERN ERMÖGLICHT EINE NACHHALTIGE MOBILITÄT FÜR ALLE.

Um mit nachhaltigen Lösungen auf die zunehmende Mobilität einer wachsenden Bevölkerung zu antworten, hat der Gemeinderat in der Legislatur 2017–2020 den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die Umsetzung der Velo-Offensive weiterverfolgt. Mit der Velo-Offensive will der Gemeinderat einen Grossteil des prognostizierten Mehrverkehrs über das Velo auffangen. Mit der Umsetzung der Velohaupttrouten Bern-Köniz, Bern-Ostermundigen (kurz vor Abschluss) und Bern-Bethlehem-Bümpliz (in Planung) schafft die Stadt Bern sichere und rasche Verbindungen aus den Aussenquartieren und Nachbargemeinden ins Zentrum, aber auch zwischen den verschiedenen Quartieren. Damit macht sie das Velo als stadtverträgliches Verkehrsmittel für die Bevölkerung attraktiver und fördert die nachhaltige Mobilität. Der für diese Legislatur vorgesehene Volksentscheid für den Realisierungskredit für die Fuss- und Velobrücke zwischen den Stadtteilen Breitenrain-Lorraine und Länggasse-Felsenau wird allerdings in die nächste Legislatur fallen. Die Verzögerung gründet in der Prüfung einer zusätzlichen Linienführung der Brücke zwischen dem Wylerfeld und der Länggasse.

Betreffend den Ausbau des öffentlichen Verkehrs konnten in der Legislatur 2017-2020 zum Beispiel mit dem Projekt Tram Bern-Ostermundigen Fortschritte verzeichnet werden: Nachdem die Stadt- und die Kantonsbevölkerung dem Projekt zugestimmt haben, laufen die Planungsarbeiten für die notwendigen Projektanpassungen. Der Baustart ist für Ende 2023/Anfang 2024 vorgesehen. Für den Ausbau des ÖV-Korridors Bern-Köniz wurden zudem unter gemeinsamer Federführung von Kanton und Region im Dezember 2019 die Arbeiten zu einer Studie zur Kapazitätserhöhung der Linie 10/Köniz aufgenommen. Bei der Massnahme zur Erarbeitung des «Verkehrsmanagement Stadt Bern 2.0» ist jedoch aufgrund der gegenwärtigen Ressourcensituation mit einem Verzug von rund einem Jahr zu rechnen.

Wie die städtische Mobilität in Zukunft aussehen könnte, testet BERNMOBIL seit 2019 gemeinsam mit der Stadt Bern und weiteren Partnerbetrieben in einem Pilotversuch zu selbstfahrenden Fahrzeugen: Für die Testphase von zwei Jahren wurde auf der Strecke Bärenpark-Talstation Marzilibahn ein selbstfahrender Kleinbus in Betrieb genommen. Mit diesem Projekt geht der Gemeinderat auch einen weiteren Schritt in Richtung Smart City Bern.

Prioritäre Massnahmen Legislaturziel 10	Stand März 2020
Für den Ausbau des ÖV-Korridors Bern–Köniz (Linie 10) finden wir gemeinsam mit den Planungspartnern eine Lösung.	↑
Das Projekt Tram Bern-Ostermundigen ist baureif.	↑
In Zusammenarbeit mit BERNMOBIL setzt die Stadt einen Pilotversuch zu selbstfahrenden Fahrzeugen im öffentlichen Verkehr um.	↑
Die Region Bern verfügt über ein zeitgemässes Verkehrsmanagement, das flächensparende Verkehrsmittel (Fussverkehr, Velo, ÖV) priorisiert. Quartiere schützen wir noch besser vor dem Durchgangsverkehr.	→
Das Veloroutennetz wird ausgebaut: Wir realisieren drei weitere Velohaupttrouten und legen den Stimmberechtigten den Kredit für die Fuss- und Velobrücke Breitenrain-Länggasse vor.	↑
Der Anlass «Hallo Velo» wird jährlich durchgeführt.	↑

Legende: ↑ «auf Zielkurs/erreicht» → «teilweise auf Zielkurs» ↓ «nicht auf Zielkurs»

**Stadt Bern
Gemeinderat**

**Erlacherhof
Junkerngasse 47
Postfach
3000 Bern 8**

**T 031 321 62 10
F 031 321 60 10
E stadtkanzlei@bern.ch**